

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

145 (1.7.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugesellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.	Fernsprecher Nr. 535.	Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „ Sterne und Blumen “. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „ Blätter für den Familientisch “.	Fernsprecher Nr. 535. Anzeigen: Die sechsspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Neblamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.
Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.		Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Korrespondent: A. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe. Verantwortlich für Anzeigen und Neblamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.	

Die kritische Gefahr.

Die kritische Gefahr ist zu einer sehr kritischen geworden. Es bedarf nur eines einzigen unglücklichen Schrittes aufseiten der Griechen, um einen Krieg mit der Pforte heranzuführen. Fast jeder Tag bringt eine Nachricht, wodurch um etwas die Lage verschärft wird. Und doch haben wir seit den kritischen Märztagen des heurigen Jahres gelernt, selbst in solchen analog gelagerten Fällen an den Eintritt kriegerischer Entscheidungen noch zu zweifeln. Erichwert wird hier allerdings dieser Zweifel durch die immer mehr Boden findende Meinung, daß die Türkei wegen ihrer im Balkanraum seit den jüngst erzwungenen leichten Siegen allzu sehr sich fühlenden Armeen wahrscheinlich den Krieg wünscht.

Die offiziellen Stellen Griechenlands verhalten sich scheinbar korrekt; aber man glaubt trotzdem nicht, daß die Lösung der Streitfrage von Griechenland nicht betrieben werde. Der Wiener Korrespondent der Wiener „Neichpost“ hatte mit hervorragender Persönlichkeiten eine Unterredung, über die er seinem Blatte u. a. folgendes berichtet:

„Denn es ist, um dies vorweg zu nehmen, unabweisbar, daß in Griechenland der Ausdruck einer Krise — „Revolution“, sagte einer der Munde — näher steht, als man in Europa des weiteren weiß, oder man es hier offiziell zugeben will.“

„Für die Regierung ist diese Frage ein Glück! Und vielleicht auch für weit höher Stehende. Alles wartet in Griechenland mit atemloser Spannung auf den Moment der Lösung und diesem Umstande haben es verschiedene Stellen zuschreiben, daß die Aufmerksamkeit des Volkes von anderen Vorfällen abgelenkt wird. Ich fühle keine Genußnahme zum Propädeut in mir, eines aber kann ich Ihnen sagen: bringt die Streitfrage eine Enttäuschung für Griechenland, dann sind hier die Folgen vielleicht unabsehbar. Das Volk ist seit langer Zeit unzufrieden. Man ist es satt, der Miswirtschaft im Innern noch länger zuzusehen. Nur diese äußere Ablenkung hindert den Ausbruch einer allgemeinen Krise. (Einer Revolution!) Ein junger Mann mit einem Künstlerstempel sprudelt das ominöse Wort heroor. Vielleicht auch das ... meinte mit Beziehung auf den Zwischenfall der Sprecher. ... Gehen Sie in der Stadt herum und fragen Sie die einfachen Leute, fragen Sie die Intelligenz. Sie werden allgemeine Unzufriedenheit finden, die bereits einen bedeutlichen Grad erreicht hat. Ich bin nicht so unpatriotisch, um in diesem Momente patriotische Phrasen aufzuführen. Es liegt bei uns wahrlich kein Grund für irgend eine Begeisterung vor. Miswirtschaft in den Finanzen und in der Politik, in der Stadterwaltung, bei Hofe, den eine Kamarilla mit hohen Mätern umgibt, wo Sie nur wollen, haben wir dieses Mitleid, nicht zuletzt in der Arme. Wir haben ein gutes Soldatenmaterial und eine unfertige Arme. Würden wir uns stark fühlen, wir hätten Kreta schon so sicher genommen, als es uns gebührt. Diese Miswirtschaft, an der wir leiden, macht sich fast in allen

Zweigen des öffentlichen Lebens geltend, sie herrscht unvermindert auf dem Felde der Politik. Glauben Sie aber ja nicht, daß aus uns die Stimme des Unzufriedenen spricht. Sie wissen ja vielleicht auch, daß ich unter diese Leute nicht zähle. Ich denke nur, vielleicht wirkt ein offenes Mahnwort vom Auslande her noch erhellender, ehe es zu spät ist.“

„Ich gebe zu, daß die Lösung der Streitfrage sehr schwierig ist. Die verjüngte Türkei beginnt sich zu fühlen. Den Jungtürken wäre jetzt vielleicht nichts lieber, als eine Ablenkung nach außen, die Möglichkeit, eine Kraftprobe zu geben. Ich weiß nicht, ob Griechenland für einen Krieg militärisch gerüstet ist. Es gibt vielmehr Gründe, dies zu bezweifeln. Und doch darf die Regierung in der Streitfrage nicht zurückweichen. Momentan scheint die Lösung neuerlich hinausgeschoben, man befürchtet in Europa nicht ohne Grund, in dieser Frage den Anlaß zu einem Balkankrieg oder wenigstens zu Unruhen. In Kreta selbst herrscht große Erregung unter den Griechen, die Insel könnte der Schauplatz ernstlicher Ereignisse werden. Es sind sichere Anzeichen in dieser Hinsicht da. Die Türkei stellt sich in diesem Momente allerdings unglücklich, wir haben aber das Recht der Geschichte für uns, wir können hier nicht nachgeben.“

Der erste Sprecher nahm wieder das Wort: „Die Streitfrage ist in gewissem Sinne eine europäische Frage geworden, sie bedeutet aber zugleich eine schwere innere Gefahr für Griechenland. Eine Enttäuschung des Volkes wäre mit einer Gefährdung der Ruhe in Griechenland identisch. Nicht nur die Regierung, sondern auch die Dynastie hat einen solchen Ausgang zu fürchten.“

London, 29. Juni. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Die Pforte wird den Mächten zur Kenntnis bringen, daß große Mengen Waffen und Munition aus Griechenland nach Kreta expediert werden. Die Pforte drückt in der Note die Hoffnung aus, daß die griechische Regierung es sich angelegen sein lassen werde, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um jeden Transport zu verhindern und hierdurch den Beweis zu erbringen, daß sie keine Schuld an diesen Transporten treffe.

seien, teils unter Einwirkung des Zolltarifs von 1902, teils infolge der aufgrund des Einfuhrschießensystemes gestiegenen übermäßigen Zunahme der Ausfuhr von Getreide.

Staatssekretär Veltman-Holweg: Ich nehme die Frage der Einfuhrschieße vorweg. Die Budgetkommission hat sich heute damit beschäftigt und ist zu dem Entschluß gekommen, die Frage sei noch nicht reif. Die Kommission hat ferner die Regierung um eine Denkschrift über die Frage gebeten. Die Regierung wird selbstverständlich, wenn das Plenum sich diesen Punkte anschließt, sich dem unterziehen. Unter diesen Umständen werden Sie es aber nicht nicht bedenken, wenn ich heute auf diese Einfuhrschieße-Frage nicht wieder näher eingehen. Was dem Zolltarif anlangt und nach Verlangen nach zeitweiliger Suspension des Getreidezollses, so sind solche Wünsche immer in Zeiten stark schwankender Preise aufgetaucht. Die Regierungen sind nach wie vor der Ansicht, daß sie wegen solcher vorübergehender Preissteigerungen nicht von den Grundlagen seiner wohl überlegten Wirtschaftspolitik ablassen dürfe. (Bravo rechts.) Es ist nicht richtig, wenn man davon spricht, daß die Getreidepreise jetzt abnorm hoch seien. Im Herbst 1907 waren sie höher als jetzt für Roggen. Vergessen Sie auch nicht, daß unsere Getreideproduktion sich unter dem Einfluß unserer Wirtschaftspolitik stark gehoben hat. Ein erfolgreicher Getreidebau ist für uns außerordentlich notwendig. Ein Ausweg desselben könnte für uns unter Umständen geradezu zu einer Katastrophe werden. Der Staatssekretär weiß weiter gegenüber dem Vordränger darauf hin, wie ja auch die Schweinepreise wieder zurückgegangen seien und schließlich wie folgt: Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik würde sich bei einem Verlassen unserer Wirtschaftspolitik nach erweitern und verschärfen gerade für diejenigen Erwerbskreise, deren Gedeihen von wesentlichen Vorteilen für unsere ganze Industrie ist. Auf derartige Experimente können sich daher die beherrschenden Regierungen nicht einlassen, sondern sie halten im wohl verstandenen wirtschaftlichen Interesse des Ganzen fest an der bewährten Wirtschaftspolitik, die sie einst unter Zustimmung des Reichstages eingeführt haben. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Auf Antrag Singer wird Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Pieper (Ztr.) erklärt sich gegen die Fortsetzung der Interpellation. Die jetzige Preissteigerung sei eine internationale Erscheinung. Ein Suspension könne in Frage nur kommen, wenn es sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung handle, wenn vielmehr die Anhebung der Preise von Dauer bleibe.

Abg. Vrenth (Mp.) führt aus: Nach Ansicht seiner Freunde sei der gegenwärtige Augenblick der allerungünstigste für eine Suspension. Seine Freunde meinten auch, daß gerade der Zolltarif sich für die Landwirtschaft außerordentlich bewährt hat und daß man an diesem Punkt der Landwirtschaft nicht rütteln könne. Seine Partei siehe also der Interpellation so abnehmend wie möglich gegenüber. (Bravo.)

Abg. Kampff (fr. Bg.): Selbstverständlich bedarf es eingehender Ermägunen, ehe man zu einem solchen Schritte greift, wie die Suspension es ist. Aber zu solchen Ermägunen hatte man seit November 1907 reichlich Zeit. Allerdings stand damals Roggen 206, heute 195. Aber auch dieser Preis ist schon sehr hoch. Sollte denn

das nicht allein schon Grund sein, daß die Regierung Erwägungen anstellt, ob sie hier nicht auf Abhilfe bedacht sein müsse. Auf den Regierungen laste da jedenfalls eine große Verantwortung. (Sehr richtig links.) Nebenher erörtert weiter den Einfluß sowohl gewisser Exporterleichterungen wie auch der Vorkriegsgebung auf die Preisgestaltung für Getreide im Inlande. Wir sind nicht für ein plötzliches Aufheben der Getreidezölle, aber für eine allmähliche Verringerung. (Beifall links.)

Abg. Graf Schwerin-Löwis (konf.): Gewiß haben die Weizenpreise eine unerwünschte Höhe erreicht, aber daran sind die Landwirte nicht schuld. (Oh! links.) Wir fordern keine exorbitanten Preise, wir wollen nur einen mäßigen mittleren Preis, der den Landwirten das Auskommen ermöglicht.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Auch wir wollen nicht an unserer Wirtschaftspolitik rütteln. Wir halten an ihr fest und wollen keine Änderung der Getreidezölle vornehmen. Auch an dem Einfuhrschießensystem wollen wir nichts ändern.

Abg. Hegter (fr. Bg.): Die Einfuhrschieße sind nur Ausfuhrprämien. Nebenher polemisiert gegen den Bund der Landwirte.

Abg. Kulerski (Pole) spricht im Sinne der Interpellation.

Abg. Suedelum (Soz.) erklärt es vom Reichszentralrat für pflichtvergehen, daß er seine verhängende Agrarpolitik nicht im Reichstage veranwortet.

Abg. Dr. H. H. (Zentr.) spricht sich für die Einfuhrschieße aus. Gehe man der Interpellation statt, so würde für das Gros der Konsumenten nichts gebessert werden. Ansehen müsse man der Sache ins Gesicht sehen, wenn die Getreidepreise so hoch bleiben sollten.

Hierauf erfolgt Vertagung. Morgen 1 Uhr: Brauereiführer, Tabaksteuer, Branntweinsteuer.
Es erfolgen noch persönliche Bemerkungen.
Schluß gegen 7 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 1. Juli 1909.

Zentrum und Tabaksteuer. Unter diesem Schlagwort brachte der „Volksfreund“ vom 29. Juni eine Notiz aus Nees, wonach die Beamten des christlichen Tabakarbeitersverbandes, Herr Cammann und Köhler in Nees, sich entzweit hätten darüber, weil — nach Angabe des „Volksfreunds“ — das dortige Zentrumblatt wegen seiner Haltung in der Frage der Tabaksteuer von mehr als fünfzig Tabakinteressenten, meistens Arbeiter, abbestellt worden wäre. Weiter schreibt er: „Offenbar fühlen sich diese Leute viel mehr zur Verteidigung der volksfeindlichen Zentrumspolitik berufen als zur Wahrnehmung der Interessen der Tabakarbeiter.“ Ob in Wirklichkeit fünfzig Tabakinteressenten das Neeser Zentrumblatt wegen der Haltung der Tabaksteuer abbestellt hätten, wollen wir dahingestellt sein lassen, aus dem Grunde schon, weil das betreffende Blatt bisher immer die Interessen der Tabakinteressenten vertreten und eine Mehrbelastung des Tabaks hervorgerufen hat. Daß aber der

Die Freundinnen.

Originalroman von Frenedon Hellmuth.

40) (Fortsetzung.)
Nach einer kleinen Pause hob Sylvia wieder an: „Ich bitte Dich, wenn Du Leon etwa zufällig begegnest, weiche ihm aus. Weise ihn nicht noch mehr; verbrüht Du mir das?“
„Glaubst Du etwa, ich fürchte mich vor ihm?“
„Nein, Hermann. Aber er ist eine heimtückische Natur, und er haßt Dich, ich sah es an seinem Blick. Weshalb er Dir so feindselig gegenüber steht, ich weiß es nicht. Doch ich ahne etwas Furchtbares. Willst Du mir Näheres mitteilen?“
„O nicht doch, Sylvia. Du regst Dich überhaupt viel mehr auf, als die Sache eigentlich wert ist. Was ich mit meinem Bruder noch auszumachen habe, geschieht am besten unter vier Augen.“
„Ich ängstige mich unbeschreiblich. Weshalb mußte er gerade jetzt zurückkommen, um meine Qual und Sorge noch zu vermehren?“
„Wie kommt es überhaupt, daß Dein Bruder hier so rauch seinen Fuß zu lassen vermochte? Hat Dein Vater ihm verziehen?“
„Leon verstand es, sich einzuschmeicheln, auch bei der Tante. Er spricht von großen Zukunftsplänen und der Vater glaubt ihm nur zu gern.“
„Nun ja, wir beide haben mit der Sache weiter nichts zu tun. Er soll uns in Ruhe lassen. Und wenn Dein Vater uns seine Einwilligung nicht gibt, — dann können wir nicht helfen. Er mag es seinem Eigenwillen zuschreiben, wenn er am Abend seines Lebens einjam und freudenleer bleibt. Unser Glück aber soll daran nicht scheitern.“
Sylvia weinte nun doch.
„Er tut mir so leid. Ich hätte ihn gern die wenigen Jahre, die er vielleicht noch zu leben hat, gehebt und gepflegt, um ihm all das Unglück seines Lebens vergessen zu machen. Mein Vater ist mir sehr verbittert, er hätte am Ende meinem innigen Flehen nachgegeben, wäre Leon nicht dazwischen gekommen. Aber von ihm hoffe ich nichts Gutes. Er behält den Vater nur noch mehr auf. Und nun, Liebster, bitte ich Dich, gehe jetzt. Der Vater liegt im

Nebenzimmer, ich muß nach ihm sehen. Er wird so leicht ungeduldig.“

Hermann seufzte leise.
„Es wird mir vielleicht in der nächsten Zeit wieder nicht möglich sein, Dich zu sehen. Ich habe jetzt sehr viel zu studieren. Die Proben nehmen fast kein Ende mehr. Ich bin sehr in Anspruch genommen. — Und dann die viele Nebenbeschäftigung, die oft die halbe Nacht hindurch dauert.“

„Wie, so ährendlich viel hast Du zu tun?“
Sylvia machte ein besorgtes Gesicht. „Welcher Art sind denn diese Nebenbeschäftigungen?“

„O, sie sind sehr wichtig“, beteuerte er ernsthaft. „In meiner freien Zeit muß ich immer an Dich denken und die halbe Nacht muß ich von Dir träumen.“

Sylvia lächelte.
„In diese Arbeit teilen wir uns.“
„Wirklich? Denkst Du oft an mich?“
Sie nickte eifrig.

„Nun!“
Dann trennten sie sich. Es war ein zärtliches Abschiednehmen.

Am Nachmittag schien die Sonne hell auf den glitzernden Schnee. Der Himmelte, daß einem die Augen weh taten und überleitete alle Bäume, Büsche und Sträucher mit seinem blendenden Weiß.

Maja kam heran nach Neunstunden. Sie brachte ihren kleinen Liebling mit. Lily war ihr unterwegs begegnet und die junge Dame tat sehr entzückt.
„Denke Dir nur“, rief sie der Freundin schon von weitem zu, „da schickt diese dumme Katharine das Kind ganz allein in das Dorf hinunter. Lily sollte bei dem Krämer etwas holen. Als ob die Alte das nicht selbst besorgen könnte. Aber so geht es, wenn man zur Hüterin eines Kindes eine Person macht, die von solchen Sachen nichts versteht. Ich begreife Herrn von Brandt nicht. Wie kann er sein einziges Kind einer so alten Frau anvertrauen? Wenn der Kleinen nur etwas passiert wäre?“

Fraulein Maja hatte sich so sehr in Eifer geredet, daß ihre Wangen förmlich glühten. Das stand dem reizenden Gesichtchen sehr auf.

„Was soll dem Kinde denn passieren?“ beruhigte

Sylvia, deren kluge Augen forschend die Freundin betrachteten. Sie begriff gar nicht, weshalb sich Maja so sehr erregte. „Der Weg zum Dorfe ist ja gar nicht weit und völlig sicher und bequem, die Dir keinen Liebchen rauben könnten, gibt es hier ebenfalls nicht.“

„Ich wollte doch Dir entgegengehen, Tante Maja“, sagte Lily. „Papa möchte mich nicht begleiten.“

Maja küßelte verächtlich die Lippen. Aber in ihren Augen glommte es seltsam auf.

„Das kann ich mir denken!“ rief sie, sich abwendend, weil Leon sie so änderlich anstarrte.

„Papa ist jetzt immer furchtbar böse“, plauderte die Kleine weiter. „Er mag gar nichts essen, und dann ganzt er mit Katharine. Und die Katharine sagt, er soll heiraten. Tante Maja, was ist das, heiraten?“

Die Geiragte lächelte überlaut, aber gezwungen. „Da nimmt Dein Papa eine Frau und diese Frau wird dann Deine Stiefmutter, — und Dir geht es dann wie dem armen Menschenbrödel, von dem ich Dir erzählte, Du bekommst dann viele Schläge.“

„Aber Maja, ich bitte Dich“, unterbrach Sylvia die Rede der Freundin, „wie kannst Du dem Kinde so etwas sagen?“

Lily schmiegte sich ängstlich an die „Tante“.

„Aber wenn ich recht brav bin?“ fragte sie weinerlich und die großen Kinderaugen blickten so flehend zu dem jungen Mädchen auf, daß dieses die Kleine hastig zu sich emporhob, sie an sich drückte und mit einer wilden Zint von Liebeszungen überschüttete.

Lily war wieder glücklich. „Kommst Du mit, Tante Maja?“ begann sie leise bitend und verjüchte ihre kleinen Finger in die Sand des jungen Mädchens zu schieben.

„Zu Dir kann ich nicht gehen“, rief Maja unwirlich mit gänzlich veränderter Stimme, „aber begleiten werden ich Dich.“ (Fortsetzung folgt.)

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 1. Juli 1909

O Grob. Hoftheater. Die am Freitag, den 2. Juli, stattfindende Aufführung von Eugen d'Alberts „Tief-

land“ ist einem wohlthätigen Zwecke gewidmet. Mit Allerhöchster Genehmigung wird der Reinertrag der deutschen Pensions- und Sterbefälle für Chormitglieder (Sitz in Frankfurt a. M.), welche am 1. Oktober d. J. auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken kann, zugewiesen werden. Es dürfte wohl allgemein interessieren, daß in Deutschland nur an 25 Theatern — meist an Hofbühnen — wie z. B. hier örtliche Pensionskassen bestehen, welche die Versorgung der an den betreffenden Bühnen engagierten Mitglieder obliegt. Für die Mitglieder des Singchores an den übrigen die große Mehrzahl bildenden Theatern hat also die „deutsche Pensions- und Sterbefälle für Chormitglieder“ die Fürsorge in den Fällen der durch Alter oder Krankheit verursachten Dienstunfähigkeit sich zur Aufgabe gestellt, eine reiche und dankbare Arbeit, die jedoch eine leistungsfähige Kasse voraussetzt. Durch die Veranstaltung der morgigen Vorstellung „Tiefland“ soll der genannten Kasse zu ihrem 25jährigen Jubiläum gleichwie seitens anderer Bühnen auch vom hiesigen Hoftheater die Anerkennung ihrer humanitären Tätigkeit ausgesprochen werden. In der fraglichen Aufführung wird Herr Tändler zum ersten Mal wieder nach längerer Krankheit als „Pedro“ auftreten.

Stadtgartentheater. Heute Donnerstag wird das Sommertheater mit der beliebten Operette „Die Schühensiedel“ in der bereits bekannten Besetzung eröffnet. Morgen Freitag folgt als zweite Vorstellung „Die Dollprinzessin“, die im vorigen Jahre stets ausverkauft Häuser erzielte. Am Samstag erscheint wieder „Die lustige Witwe“ auf dem Spielplan. Für diesen Abend hat Herr Groß die musikalische Leitung übernommen. Inszeniert wird das Werk von Herrn Alfred Fischer. In der Titelrolle wird sich die erste Operettenjüngerin Fräulein Wera Schwarz vom k. k. priv. Theater an der Wien dem Publikum vorstellen. Den Danilo spielt wie im Vorjahre Herr Herold, ebenso Herr Becker den Jeto, Herr Ketz den Massillon und den Nequus Herr Grafmann. Neu ist diesmal Fräulein Rhoden als Valenkienne; außerdem wirken mit die Damen: Raininger, Richter und Petri, sowie die Herren: Alfred Fischer, Morwi, Meinel, Richter und Zell.

„Volkstreu“ dazu übergeht, die Zentralbeamten des christlichen Tabakarbeiterverbandes mit der Gelegenheit zu veranlassen und die betreffenden Beamten so hinzustellen versucht, als würden sie die Mehrbelastung des Tabaks sogar noch gut heißen oder wenigstens die Politik einer Mehrbelastung des Tabaks unterstützen, ist eine Intrigue aus dem Grunde schon, weil der „Volkstreu“ ganz auf die Stellung und den unermüdbaren Kampf gegen die Mehrbelastung des Tabaks der betreffenden Beamten und des ganzen Verbandes feindt. Wir werden noch darauf zurückkommen.

Zur Lage. Im liberalen Lager ist große Verwirrung. Aber aus allem Geschrei tönt immer wieder der sehnüchliche Ruf „Auflösung“ heraus, obwohl kein denkender Mensch von einer Auflösung die Lösung der schwebenden Fragen erwarten könnte. Das „Berliner Tageblatt“ erhält von einem bekannten Parlamentarier über die Vorgänge des gestrigen Tages in der Sitzung des Bundesrats und über die Haltung der Regierung folgende Mitteilungen: „Es ist unzweifelhaft, daß die Regierung gewillt ist, mit der neuen Mehrheit die Finanzreform zu machen. Es haben in den letzten Tagen und insbesondere gestern Verhandlungen zwischen der Regierung, den Konservativen und dem Zentrum stattgefunden, in denen über die Möglichkeit, Besitzsteuern zu finden, verhandelt wurde. Die Regierung hat ganz unzulänglich zu erkennen gegeben, daß sie mit dem neuen Wod die Finanzreform zu Ende führen wolle. Um Zeit zu Verhandlungen zu finden, sind für heute die Bier-, Brauwein- und Tabaksteuer auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt worden, von denen die Regierung mit Sicherheit annehmen muß, daß sie von der neuen Mehrheit bewilligt werden. Die Beratungen werden immerhin drei Tage dauern. Während dieser Zeit hofft man, geeignete Besitzsteuern gefunden zu haben. Es scheint mir aber gar nicht so sicher, daß das Zentrum wenigstens die Tabaksteuer mit allen Stimmen annehmen wird, so daß immerhin die Möglichkeit einer Ablehnung dieser Steuer geredet werden muß. Was die Regierung in diesem Falle anderes tun könne, als den Reichstag auflösen, dafür ist guter Rat teuer oder die Regierung nimmt zunächst, was sie bekommt und verlagert die Beratung der direkten Steuern auf den Herbst. Auch mit dieser Möglichkeit muß man rechnen. Die Nationalliberalen und die Linke des Reichstages werden natürlich gegen jede indirekte Steuer von vornherein stimmen. Es steht ihnen kein anderes Mittel zur Verfügung, um gegen die Art, in der jetzt die Finanzreform gemacht werden soll, Front zu machen. Wir werden also, wenn nicht doch noch der Reichstag aufgelöst wird, eine Finanzreform erhalten, die vom neuen Wod unter Aufsicht der liberalen Parteien zustande gebracht wird.“

Dieser Mitteilung merkt man an, daß sie von einem Liberalen kommt. Eine Vertagung halten wir für völlig ausgeschlossen. Sie widerspricht allem, was man bisher gehört hat. Das im Zentrum Gegner der Tabaksteuer sind, ist richtig. Ob sie jedoch so zahlreich sind, daß dadurch die Steuer gefährdet würde, wissen wir nicht.

In der „Köln. Ztg.“ wurde in recht unwirksamen Worten von einem Tripelpakt zwischen Reichskanzler und Bundesrat gesprochen. Demgegenüber schreibt der „Vorläufer“: „Die Meldung der „Köln. Ztg.“ von einem Tripelpakt des Bundesrats ist durchaus unrichtig. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichskanzler und dem Bundesrat, zumal nicht bei der Einkommen- und Vertriebssteuer der Notierungen- und Wahlenumsatzsteuer sowie des Koffenaufschlags. Das „Unannehmbar“ bezüglich dieser Steuern sprach der Kanzler in völliger Übereinstimmung mit dem Bundesrat und weder der eine noch der andere ist unzufrieden. Kanzler und Bundesrat sind auch darin völlig einig, daß jetzt in den nächsten Tagen der letzte Versuch gemacht wird, die Finanzreform ohne diese Steuern zu Ende zu bringen. Sollte dieser Versuch infolge der Haltung der Reichstagsmehrheit misslingen, so wird zu dem äußersten Mittel der Auflösung geschritten werden, so sehr ein Verlagen der Reform auch beklagt werden müßte.“

Viel sagt das nicht, und der Ruf nach Auflösung zeigt auch, woher diese Stimme inspiriert ist. Jedemfalls stellt sich der Bundesrat fest auf den Boden der gegebenen Verhältnisse. Das Bayerische Vaterland bestätigt, daß der bayerische Ministerrat die Vertagung mit der neuen Reichstagsmehrheit beschlossen und die bayerischen Vertreter beim Bundesrat entsprechend instruiert hat. Der Ministerpräsident von Bayern und Finanzminister von Pfalz haben dem Prinzregenten darüber Vortrag gehalten und alsdann fand der entscheidende Ministerrat statt.

Auf den Reichskanzler, der sicher geht, werden schon allerlei Kritiken geschrieben. So widmen z. B. die Renporker Blätter der Persönlichkeit des künftigen Wilhelms ausführliche Artikel. Im allgemeinen kommt er dabei nicht gut weg. So ziemlich alle bemängeln seine Unbeständigkeit, die Deutschland viel geschadet habe. Die „Evening Post“ schreibt: „Fürst Wilrow hat sich zwar bisher immer als Mann von großen politischen Gesicht erwiesen, seine Neben waren musterhaft, wichtig und nicht selten geistreich. Groß waren ebenso seine Erfolge als Hofmann, aber, so bemerkt das Blatt, ihm ermangelt jene wirkliche Kraft und das Draufgängertum, die den wahren Staatsmann ausmacht. Vor allem habe es ihm an einem bedeutenden beständigen Programm gefehlt.“

Sein getreuer journalistischer Mitarbeiter in der „Frankf. Ztg.“ schreibt in Nr. 180 3. Morgenblatt: „Fürst Wilrows Entschluß, nach dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform — man muß des urwichtigen Zusammenhangs wegen hinzufügen: gegen die Liberalen — von seinem Amte zurückzutreten, ist, wie nun oft genug festgestellt worden ist, unüberderrücklich und wird also ungenau in diesen Tagen sich vollziehen. Eine Aenderung könnte nur eintreten, so nehmen wir an, wenn die neue Mehrheit die Finanzreform nicht zustande brächte oder sie nur mit sogenannten Besitzsteuern zustande brächte, die auch jetzt noch den verbündeten Regierungen unannehmbar wären. Dann würde, oder müßte vielleicht Wilrow im Amte bleiben, um in kürzester Frist in einer neuen Session oder mit einem neuen Reichstag die Finanzreform und dann selbstverständlich wieder mit einer allgemeinen gleichmäßigen Besitzsteuer zu versuchen. Eine solche Entscheidung ist sehr unwahrscheinlich, und deshalb ist die Frage nach Wilrows Nachfolger berechtigt.“

Ueber diesen ist aber noch nichts bekannt, da der Kaiser noch keinen bestimmten Namen in Aussicht genommen hat.

Vörjen-Kritik. Unter dieser Rubrik schreibt Bruno Wundwold in der „Welt am Montag“ u. a.:

„Aber mir scheint, auch die Vörje hat in diesen Tagen eine Niederlage erlitten, und wenn sie in völliger Gleichgültigkeit darüber hinweggegangen ist, so ergibt sich daraus mit wieder die Verhandlungslosigkeit, mit der sie politischen Fragen gegenübersteht. Nicht die Annahme der Notierungssteuer im Reichstage bedeutet für die Vörje einen Verlust, sondern die Rolle, die sie bei der Beratung der verschiedenen Steuerentwürfe gespielt hat, ist im ganzen eine so traurige und lächerliche, daß man nicht oft genug auf die Fehler hinweisen kann, die in den letzten Wochen gemacht worden sind. Das Schlimmste hierbei ist aber, daß der allernächste Teil der Vörjenbesucher noch immer nicht einsehen will, wie falsch der Weg gewesen ist, der in diesen Steuerfragen von vornherein beschritten wurde. Außerordentlich bezeichnend sind ja hierfür schon die Vorschläge der Finanzkommission zur Regierungsvorlage über die Erhöhung des Effektensteuerepels. Es ist fürchterlich leicht, jetzt, wie dies in den maßgebendsten Vorkonferenzen geschieht, über die Verhandlungslosigkeit der Vörje und des Zentrums zu schelten, weil sie noch weitere beträchtliche Erhöhungen des Effektensteuerepels beschließen haben, als sie die Regierung vorgegeben hatte. Aber man vergißt hierbei heranzuziehen, daß doch schließlich die Vertreter des Börsenhandels selbst an diesen Vorschlägen schuld waren. Als die Vorlage der Regierung vorliegt, wird, da es keinen einzigen Vorkonferenzbesucher gibt, diese Erhöhung des Effektensteuerepels für eine schämliche Belastung, und auch die Tendenz der Vörje kündete an, daß niemand ernstlich eine Erhöhung für den Börsenbesucher oder den Effektenhandel überhaupt in einem höheren Effektensteuerepel erblickt. Tatsächlich ist das natürlich richtig, aber Vertreter der Vörje durften es öffentlich nicht zugeben. Ja, diese Ungebilligkeit ging sogar noch viel weiter. Der Hanjandubow, obgleich, wie ich neulich schon herozob, die Einberufung der Abgeordnetenversammlung am 12. Juni bereits wußten, welchen Inhalt die neuen Steuerentwürfe der Regierung haben. Noch viel interessanter ist, daß wir von durchaus vertrauenswürdigster Seite berichtet wird, bereits in der Konferenz der Vorkonferenz, die in den ersten fünf Tagen im Reichsamt des Amtes stattfand, die Vorkonferenz mit den Vorkonferenzen der Regierung, auch mit der Schwefelsteuer einverstanden erklärten. Was die Vorkonferenz zweier Privatbanken verkörpert einen ablehnenden Standpunkt. Es ist außerordentlich charakteristisch, daß sogar auch hier ein Gegensatz zwischen Großbanken und Privatbanken hervortrat, obgleich doch nur die Vertreter sehr großer Firmen anwesend waren. Wie kann man es unter diesen Umständen einer politischen Partei, die von vornherein börsenaggressive Interessen vertritt, verzeihen, wenn sie eine sich bietende Gelegenheit wahrzunehmen hat, um eine noch weitere Erhöhung des Effektensteuerepels durchzuführen.“

Dieser Reichstag! Der „Reichsbote“ schreibt: „Mit dem Reichstag, wie wir ihn haben, ist überhaupt nicht mehr zu regieren — oder der Reichskanzler muß wie Fürst Bismarck die Kraft haben, ihn so lange aufzulösen, bis er eine regierungsfähige Mehrheit erhält.“

Die nationalliberalen „Berl. Neuesten Nachr.“ Nr. 321 schreiben:

„Die Bedenken, die in Bundesratskreisen noch vor kurzem gegen eine Einlösung geltend gemacht worden sind, unterliegen zu sehr die Stöckkraft nationaler Entschlossenheit, wie sie diesem Reichstag gegenüber allüberall im deutschen Volke himmelhoch emporsteht.“

So schreibt man heute über den „nationalen Wod-Reichstag“, der beinahe ein Produkt derselben nationalen Entschlossenheit sein soll, welche jetzt wieder gegen ihn aufgerufen wird. So unbedenklich geht es zurzeit in der Politik des Deutschen Reiches zu.

Die Handelskammer im Dienste des Handelsbundes. Aus launigen Kreisen wird der „Köln. Volksz.“ geschrieben:

„Vielorts treten die Handelskammern mit Aufrufen zum Eintritt in den Hanjandubow hervor. Vorerst ist es sich sehr bezweifelnd, ob die Handelskammern als gesellschaftliche Vertretungen des Handels die Berechtigung haben, den einseitig liberal-politischen Wod zu empfehlen und mit eigenem Gede, indem sie als korporatives Mitglied beitreten, zu unterstützen. In weiten Kreisen der ins Handelsregister eingetragenen Kaufleute ist man jedenfalls mit dem Vorgehen der Handelskammern auf das politische Gebiet nicht einverstanden, und wenn viele Mitglieder dieser Kammern etwas mehr Fühlung mit der großen Handelswelt nehmen wollten, dann würden sie mit den bombastischen Aufrufen für einseitige Interessensweise etwas vorsichtiger werden. Die Notierungssteuer hat es den Herren angetan! Als vor kaum zwei Jahren die Handelswelt, soweit sie Kredit in Anspruch nehmen mußte, für Verleihungen 8 1/2 Proz. Zinsen zahlte und deshalb mancher Kaufmann, Handwerker und Industrieller nur für seine Bank arbeitete, da waren in den gesellschaftlichen Handelsvertreterkreisen — unseren Handelskammern — verhältnismäßig still. Das verlebene Geld der Banken rührte doch fast nur aus einer Zeit, wo ein normaler Zinssatz war, und die großen Summen der Wehrzinsen sind von unseren Vätern ruhig eingestrichen worden. So drücken gewisse Kreise auf Jahre hinaus Handel und Verkehr, die es wohl in der Hand hatten, Milderungen für die Kreditnehmer einzutreten zu lassen. Mit dem so bequem eingestrichenen Gede aus den Taschen oft schwer lämpfender Kaufleute, Handwerker und Industrieller hätte man schon ein gutes Stück Reichsfinanzreform machen können. Es steht danach recht sonderbar aus, wenn die tonangebenden Kreise des Hanjandubows von der Verantwortlichkeit der Landwirtschaft reden. Noch besser zeigen sich die Handelskammern in ihrer Tätigkeit, wenn sie mit ihren Aufrufen die Angehörigen zum Eintritt in den Hanjandubow auffordern. Wenn es sich um die berechtigten Forderungen der Angestellten, wie Sonntagsruhe, Verteilung bezw. Milderung der Konturrenzklause, Regelung der Arbeitszeit in den Kontoren, Anstellung von Handelshelfern usw., handelt, dann finden auch die Angestellten bei den Handelskammern meist nur blinde Augen und taube Ohren. Wie haben sich nicht viele unserer Handelskammern vor aller Welt in der Illusion der tatsächlichen Verhältnisse bloßgestellt, als sie die Erziehung der Kaufmannsgerichte bekämpften. Die Angestellten werden sich höchst dankbar bekennen, dem Großkapitalismus in Vörje, Handel und Industrie Vorkonferenzleistungen zu leisten, damit der Hanjandubow die große Mitgliederzahl erhält, womit man noch größere Rechte und Privilegien bei den Regierungen zu ergattern sucht.“

Ein Duell. Ueber einen Vorgang, der wieder einmal ein großes Licht auf den Duellunfall wirft, wird aus Wlanenburg i. Harz berichtet. Am 14. Juni fand im nahegelegenen Heers zwischen zwei Offizieren, den Oberleutnants Jüwiers vom Infanterie-Regiment Nr. 165 in Wlanenburg und Granier vom Infanterie-Regiment Nr. 61 in Thorn, ein Wifolenduell statt, bei welchem Jüwiers, der erst seit wenigen Jahren verheiratet ist, getötet wurde. Jüwiers hatte

am Tage seiner Beförderung zum Oberleutnant, wo er erklärlicher Weise in ausgelassener Laune war, auf dem Heimwege von einer Gesellschaft, eine junge Dame, die Braut Graniers, zu treffen versucht, was diese selbst ihm aber auf seine Entschuldigungen verzieh. Erst mehrere Monate später gab sie ihrem Verlobten, als dieser zum Besuch in Wlanenburg war, davon Kenntnis, worauf die Forderung erfolgte. Der Ehrenrat, der mit der Sache befaßt wurde, hat das Duell nicht gehindert; er ist also mit schuldig an der Verletzung des Menfchenlebens. Die Bedingungen des Duells waren unerhört schwere. Wie von Augenzeugen berichtet wird, schoß Granier als der Beleidigte zuerst, nachdem er sorgfältig auf seinen Gegner gezielt hatte. Dann kam Jüwiers an die Reihe, aber seine Kugeln verfehlten. Verlagen gilt nach den Duellregeln als Schuß. Somit konnte also Granier kein Opfer mit aller Anse über den Haufen knallen. In diesem Nacheinandergefecht liegen direkt die Symptome der überlegten Lösung. Das heißt, es handelt sich hier um einen ganz gemeinen Wod, der nur durch die Duellregeln ein besseres Mitleiden umgeben bekommt. Was wird nun mit dem Duellmörder geschehen? Wird er noch einem Vierteljahr begnadigt? Unbegreifliche Blindheit!

Die konfessionelle Hege des Evangelischen Bundes hat zur Zeit ihren Höhepunkt erreicht. In Nr. 67 vom 14. Juni schreibt das Bundesorgan, die deutsche evangelische Korrespondenz, folgendes:

„Das ist das Zentrum, dem protestantische Parteien für ein anderes Vorkonferenzmaterial Sonderrechte die Zukunft Deutschlands, des Mutterlandes der Reformation, anzukämpfen im Begriffe stehen. In einem zu zwei Drittel evangelischem Gemeinwesen, in dem weltliche Staat der römischen Kirche fassen, er soll nicht mehr Herr im eigenen Hause sein und soll mit gebundenen Händen zusehen, wenn die Feinden liberaler Zentralstellen des konfessionellen Krieges etablieren, um jede Neuerung zu unterdrücken und evangelisches Leben zu verfolgen und zu unterdrücken. So will man das große und blühende Reich des evangelischen Reiches in eine unabsehbare Folge religiöser Wirren hineintreiben und, um auf dem Wege zu diesem Ziele einen guten Schritt vorwärts zu kommen, will man sich auch etwas kosten lassen und will Steuern aus den Taschen anderer Leute, insbesondere des kapitalträchtigen Protestantismus, bewilligen. Das ist alles so über nicht erdacht. Wieder mit dem Wod und dem nationalen Gedanken! Ultramontanen und Zentrum sollen wieder Trampf sein im Kaiserland. Auf der einen Seite und dem Reich, die Reichsregierung soll von neuem ein Schandergeld werden, um Solbaten und Schiffe für Krieger und Feinden einzuhändigen; der deutsche Kaiser soll wieder vom Papst zum Bischof und vom Bischof zum Papst sein, um die „fodende katholische Volksseele“ in guter Laune zu erhalten. . . . Reich trauniges Bild, wenn sich demgegenüber die ganze Weisheit protestantischer Parteien in der St. Florianpolitik erschöpfen, die schadenstrotz gütlich, wenn des Nachbars Haus brennt.“

Hierzu ist jede weitere Bemerkung überflüssig. Im übrigen möchten wir aber diese einzig dastehende konfessionelle Hege, die doch lediglich im Interesse des Liberalismus betrieben wird, der liberalen Presse, besonders aber dem „Badischen Landesboten“ zur näheren Beachtung empfehlen. Auf jeden Fall hätte der „Bad. Landesbote“ viel besser getan, sich über die „protestantischen Parteien“ zu äußern, als seinen Lesern die hochwichtige Mitteilung zu machen, daß in der Stephanskirche ein Patrois die Zentrumspartei dem Gebet einer Versammlung empfohlen habe. (Vektorus ist für den „Landesboten“ selbstverständlich ein schlagender Beweis für den „konfessionellen“ Charakter des Zentrums Logik!) Was man immer beobachten konnte, sieht man auch hier wieder: Sobald zu gunsten des Liberalismus konfessionelle Hege getrieben wird, findet die liberale Presse kein Wort des Tabeis. Sie darf es daher auch niemanden lächel nehmen, wenn man schließlich zu der Ansicht kommt, daß ihr die konfessionelle Hege zu liberalen Parteizwecken willkommen ist.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zur ungarischen Krise. Lufas begab sich gestern nach Wien, um dem Kaiser mitzuteilen, daß seine Mission völlig gescheitert sei. Wichtig ist man der Ansicht, daß unumkehrbar die Ernennung eines außerparlamentarischen Ministeriums und die Auflösung des Parlamentes erfolgen werde. — Infolge der unvorhergesehenen langen Dauer der inneren Krise hat Kaiser Franz Josef seine Reise nach Jich zum Sommeraufenthalt neuerdings, man spricht bis 17. Juli, verschoben.

Türkei.

„[Verfassungsrevision. Die Deputiertenkammer besendete die zweite Lesung der Verfassungsrevision und nahm den Artikel an, nach dem die Einberufung des Parlamentes sofort erfolgen muß, wenn der Sultan außerhalb der Sessionszeit das Kabinett absetzt. Unter den Eingängen befindet sich ein Gesekentwurf betr. die Bildung eines Reserveoffizierkorps.“

Zur türkischen Frage. Die Pforte richtete an ihre Vorkonferenz eine Zirkularnote, in der sie erklärt, sie habe den Grund, daß die Schumächte die den Kreten gemachten Konfessionen als wohlworbendes Recht betrachten wollten, während die Pforte immer energisch dagegen protestiert habe, weil diese Konfessionen eine offene Verletzung ihrer Souveränität bildeten. Die Pforte bemerkt weiter, sie sei unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Kammer, die wegen der fortgeschrittenen Verletzungen ihrer Rechte erbittert seien, entschlossen, die Rechte der Zirkel auf Kreta zu behaupten. Schließlich fordert die Note die Vorkonferenz auf, ihre patriotischen Bemühungen darauf zu richten, den Kabinetten zum Bewußtsein zu bringen, daß die Pforte unbedingt genötigt sei, jeden Vorkonferenz abzuweisen, der Griechenland gestalten würde, sei es auch indirekt, an den türkischen Angelegenheiten teilzunehmen.“

England.

Kritische Lage im englischen Kohlenbergbau. Die „Zeff. Ztg.“ meldet aus London vom 30. Juni: Die Lage im Kohlenbergbau ist in ein kritisches Stadium getreten. Die Miners Federation von Großbritannien beschloß gestern Abend, einen allgemeinen Streik ins Auge zu fassen, falls den Kohlengräbern von Südwales von den Grubenbesitzern angekündigt wird, daß in ihren Gruben das Zweischichten-System eingeführt werden und die vom Gesetz über den Achtstundentag erlaubte Mehrarbeit von 60 Stunden jährlich geleistet werden soll. Die Entscheidung dürfte heute auf einer Konferenz der Arbeitgeber und Bergleute in Cardiff fallen. Sollte man sich hier nicht einigen, so wird die Federation morgen die Stimmgabel an ihre Mitglieder ausgeben. Zum Streikbeschluss genügt die einfache Majorität. Es würden schätzungsweise 900,000 Mann feiern.

Die Arbeiterpartei sympathisiert mit den Bergleuten von Südwales. Ihr Vorkonferenzmitglied erklärte gestern, daß die Streikfertigkeit zu geringfügig sei, um einen Ausstand zu rechtfertigen; er maß die Schuld jedoch den Arbeitgebern bei.

Gemeinsames Vorgehen Englands mit anderen Mächten in den Kolonien Westafrikas. Wie das Deutsche Bureau erfährt, wird England mit Frankreich, Deutschland, Spanien, Portugal und Belgien zum Zwecke der Erhöhung der Zölle auf Spiritus, der in die westafrikanischen Kolonien und Schutzgebiete exportiert wird, sowie der Beschränkung der Ausfuhr von Waffen und Munition in diese Gebiete Verhandlungen antizipieren. Die Verhandlungen werden sich ferner mit dem Abschluß einer internationalen Konvention über Quarantäne und Sanitätsmaßregeln im Anschluß an die Pariser Konvention betreffend den Schutz vor Epidemien beschäftigen. Dem Vernehmen nach wünscht England den Spirituszoll, der bisher 3 Schilling 7 1/2 Pence für die Gallone betrug, auf fünf Schilling zu erhöhen.

Äffien.

„[Zur Revolution in Persien wird aus Teheran gemeldet: Die Gegner des Schah, die gegen Teheran vorrückten, erhalten von allen Seiten Verstärkungen. Die Belagerung von Teheran soll bereits begonnen haben.“

Baden.

Karlsruhe, 1. Juli 1909.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben sich genädigt demgegenüber gefunden, dem Oberhofmarschall Georg Lauer in Karlsruhe das Ritterkreuz zweiter Klasse des Großherzoglichen Ordens vom Hahnenkreuz zu verleihen.

Mit Entschlossenheit des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurde dem Hofverwalter Friedrich Wunsch in Odenheim und Johann Peter Flegler in Hellingen der Titel Hofkammerer und dem Kammerling Joseph Franz Wisner in Karlsruhe der Titel Kammersekretär verliehen, ferner die Vertriebssekretäre Ludwig Mayer in Heidelberg zur Verwaltung der Karlsruher und Georg Müller in Heidelberg zum Stationsamt Sammelhüter verliehen.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben genädigt geruht, dem Oberhofmarschall Georg Lauer einen lebenden Belohnung auf sein untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste auf 1. Juli in den Ruhestand zu versetzen, den Hofmarschall Ludwig Herold zum ersten Hofmarschall und den Hofkammerer Heinrich Seiber zum zweiten Hofmarschall zu ernennen.

Die Vertretung Badens im Bundesrat.

Wie der „Zeff. Tagespost“ gemeldet wird, steht in der Vertretung Badens beim Bundesrat in Berlin für die nächste Zeit eine Aenderung bevor. Der Bundesratsbevollmächtigte, Wirkl. Geh. Rat Schäfer, beabsichtigt, sich in den nächsten Tagen zurückzuziehen. Schäfer, der ein Freiburger Kind ist, vertritt das Großherzogtum Baden seit dem Jahre 1879 in Berlin. Als sein Nachfolger soll der derzeitige Geh. Oberregierungsrat im Reichsjustizamt, S. Rheinboldt, in Aussicht genommen sein, der, aus Sinsheim bei Baden-Baden gebürtig, seine Laufbahn im badi-schen Jölldienste begann, 1900 zum Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern in Wladenburg ernannt und 1906 als vortragender Rat ins Reichsjustizamt berufen wurde.

Die Nationalliberalen.

Der engere Ausschuss der nationalliberalen Partei beschloß in seiner Sitzung am 28. Juni, die örtlichen Organisationskommissionen anzuweisen, da, wo es bisher noch nicht geschehen ist, Kandidaten aufzustellen. Eine Landesversammlung soll auf 19. September nach Freiburg einberufen werden. Anhänger der Partei, denen die Gelegenheit zum Anschluß an eine nationalliberale Organisation willkommen ist, können künftig nach entsprechender Aenderung der Statuten der Partei als Einzelmitglieder beitreten. Am nächsten Sonntag findet bekanntlich in Berlin ein allgemeiner Vertretertag der nationalliberalen Partei des Reiches statt. Die einzelnen Reichstagswahlkreise werden wenn möglich je zwei Vertreter zu dieser Versammlung entsenden. Ueber den Stand der Verhandlungen mit den linksliberalen Parteien wurde nach der „Bad. Landeszeitung“ mitgeteilt, daß die Verhandlungen allem Anscheine nach nicht zu einem Ergebnis über den Rahmen des Teil-Wodabkommens vom 17. April hinaus führen würden. Soll damit gefolgt sein, daß die Demokraten in Konstanzen keinerlei Hoffnungen machen dürfen?

„Das Zentrum im Kirchengebet.“

Dem „Badischen Landesboten“ wird geschrieben: „Der Redakteur! Begunnenend auf den Artikel des „Badischen Landesboten“: Zentrum eine konfessionelle Partei“, möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich neulich an einer Zure der St. Stephanskirche ein Verzeichnis der allgemeinen Kirchengebete während des Monats Juni hängen sah; was mich dabei sehr gewundert hat, war, daß am Samstag, den 5. Juni, unter anderem auch „für die Zentrumspartei“ Gebet wird!“

Die Katholiken, welche in die Stephanskirche in Karlsruhe gehen, werden sich verwundert fragen: Was ist in der Stephanskirche ein allgemeines Kirchengebet für die Zentrumspartei verrichtet? Das ist natürlich ein Unfug. Es handelt sich um Gebetsmeinungen einer Bruderschaft, also um eine ganz private persönliche Sache der Mitglieder einer der vielen Bruderschaften. Unseres Erachtens gehören allerdings diese Gebetsmeinungen, die nur für einzelne Bedeutung haben, nicht an eine Kirchenfeier gebührt. Das sind Privatdankgebete.

Im übrigen ist es ja begreiflich, daß ungläubige Demokraten von der Richtung des „Bad. Landesboten“ und der „Frankf. Ztg.“ die überhaupt nicht beten, darüber ihre Glossen machen, wenn es Leute gibt, die wie für das Gebeten alles Gutes, so auch dafür beten, daß die Zentrumspartei, deren Politik sie für die gefährlichste halten, stets wache und gedehne. Von unserem christlichen Standpunkt aus ist es völlig unannehmbar, wenn man auch für das Gebeten einer Partei betet. Wir beten auch, was die Herren Demokraten und Liberalen, soweit sie ungläubig sind, wohl ebenfalls beipfählen, und zwar dies öffentlich und allgemein, für unseren Landesfürsten und sein Haus, für den Kaiser und sein Haus, ebenso für das ganze Volk und insbesondere für die im Meer und Wasser und zu Lande dienenden Töchter des Vaterlandes. Das sind allgemeine Kirchengebete. Die Gebetsintentionen dagegen einer Bruderschaft sind private Angelegenheiten der Mitglieder der Bruderschaft. Was die tun, geht andere nichts an. Beklagen könnte sich erst dann



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Tochter und Schwester,

Maria Lina Höflein,

nach langem, schwerem Leiden, wohl vorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente, im Alter von 22 Jahren, zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Der lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken, bitten die tieftrauernden Eltern und Geschwister:

Lorenz Höflein, Oberkassierer;
Maria Höflein, geb. Eberwein;
Anna Höflein,
Josef Höflein.

Karlsruhe, 30. Juni 1909.

Die Beerdigung findet Samstag, den 3. Juli 1909, nachmittags halb 2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus, statt.
Trauerhaus: Marienstr. 93.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Vater und Großvater,

Johann Joseph Müller,

Bahnhofsstr. a. D.,

nach langem Leiden, wiederholt versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, im Alter von 82 Jahren, in die ewige Heimat abzurufen.

Karlsruhe, 1. Juli 1909.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag abend 7 Uhr vom Trauerhaus, Wühlburg, Kaiserallee 147, aus statt.

Städtische Sparkasse Karlsruhe.

Wir bringen zur Kenntnis unserer Einleger, daß der Zinsfuß für Einlagen in jeder Höhe mit Wirkung vom 1. Juli l. J. an auf

3 1/2 Prozent

festgesetzt wurde.

Karlsruhe, den 28. Juni 1909.

Der Verwaltungsrat.
Dr. Paul.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrpersonen verpflichtet, die Fortbildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen u. s. w. zur Teilnahme an dem Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren.

Fortbildungspflichtig sind gemäß § 1 desselben Gesetzes Anaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.

Zwischenhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mk. bestraft.

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge u. s. w., die von auswärts hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten, oder nur versuchs- oder probeweise aufgenommen sind.

Karlsruhe, den 1. Juni 1909.

Das Volksschulrektorat:
Dr. E. Gerwig, Stadtschulrat.

Bekanntmachung.

Nr. A 2595. Der zweite Teil der im städtischen Sammlungsgebäude untergebrachten **Kupferstichsammlung** ist geöffnet:

Mittwoch: von 9-12 Uhr vorm., und von 2-5 Uhr nachm. sowie
Sonn- und Feiertags: von 11-1 Uhr.

Wir laden zum Besuch der Ausstellung ergebenst ein.

Karlsruhe, den 1. April 1909.

Städtische Archivkommission:
Siegfried. Lager.

Syndikatsfreies Kohlenkontor, Ludwigshafen a. Rh.

G. m. b. H.,

Telephon 2644, Abteilung Karlsruhe, Kontor

Karl Riess, Scheffelstraße 59,

Lager Westbahnhof, Heustraße.

Sommerpreise:

Prima Anskohlen I und II sorgfältig gesiebt à Zentner	M. 1.25
" Anskohlen III " " " "	M. 1.20
" Brikketts " " " "	M. 1.15
" Fettschrot " " " "	M. 1.10
" Anthrazit " " " "	M. 1.90
" Anthrazit-Eisformbrikketts " " " "	M. 1.40
Ruhrungskohlen " " " "	M. 1.35
Aufenerholz " " " " 2 Körbe	M. 2.-
Schwarzenholz " " " " "	M. 1.50

in besten Qualitäten, bei 5 Zentner-Abnahme frei vor's Haus.
Frei Keller per Zentner 5 J mehr, gegen bar.

Wir garantieren für volles Gewicht.

Bekanntmachung.

Im Hundezwinger des städt. Wafenermeisters, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn), befindet sich nachstehender herrenloser Hund:

1 Dobermannscheiderhund (männlich). Derselbe wird, falls er nicht innerhalb 8 Tagen abgeholt wird, getötet bzw. versteigert.

Karlsruhe, den 29. Juni 1909.
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.



Gelder auf I. und II. Hypotheken

An- und Verkauf von
Realkaufschillingen
durch August Schmitt,
Hypothekengeschäft,
Sirschstraße 43, Karlsruhe.
Telephon 2117.



Handschuhe, Krawatten, Gürtel, Schirme,

amerikanisch vorzügliche Qualitäten, empfehlen

Ludwig Oehl

Nachfolger
Karlsruhe
Kaiserstrasse 112.

Deutsche Lebensversicherung Potsdam a. G.

Neue Versicherungsabteilung in 1908: 9 1/2 Millionen Mark. Ausgezählte Versicherungssumme: 44 1/2 Millionen Mark.

Aktiva: 44 1/2 Millionen Mark.

Lebensversicherung mit Kapital- und Unfallversicherung. — Mäßige Prämienätze. — Freie Kriegerversicherung. — Versicherung nach einem Jahre unanfechtbar. — Unbeschränkte Freiheit in der Wahl des Berufs und Aufenthaltsortes. — Unverfallbare Police nach dreijährigem Bestehen.

Der Überschuss, welcher seit Beginn 11,8 Millionen Mark beträgt, kommt den Versicherten zugute und gelangt im zweitfolgenden Jahre zur Verteilung. Die in 1908 gezahlte Dividende betrug 2,35% der Prämienreserve, was bei den ältesten Versicherungen bis zu 9% der Jahresprämie ausmacht.

Prospekte und Auskunft durch alle Vertreter, durch den

Vorstand in Potsdam
und durch die **General-Agentur Karlsruhe**
F. Schmitt, Brauerstrasse Nr. 9.

Tüchtige Agenten und Aquilatoren finden lohnende Beschäftigung.

Inventur-Räumungs-Verkauf.

Von heute bis 3. Juli, abends 9 Uhr (am 4. geschlossen), verlaufe ich alle Herren- und Damen-Tiefel und Schuhe mit **10% Nachlaß.**

Trotz der schon sehr billigen stauend billigen Preisen und nur guten Waren, so daß nach Nachlaß der 10% von Verdienst keine Rede mehr sein kann.

Der alte Preis ist an der Ware im Schaufenster angelegt und werden bei Einkauf **10%** nachgelassen.

Darum auf, wer Schuhwaren braucht, benütze diese günstige Gelegenheit beim

Schuh-Bruder, Amalienstr. 25 a.



MESSING- und KAUTSCHUK-
STAMPEL-
SIEGEL-SCHILDER-
GRAVIRUNGEN
ALLER ART.

Einige wenig gespielte Pianinos,

darunter von Bechstein, Schwesche u. s. w. sind zu 390 Mk., 425 Mk., 480 Mk., 575 Mk., 720 Mk. mit fünfjähriger Garantie zu verkaufen bei

Ludwig Schweisgut

Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4.

Herrschaffen. Diensthofen.

Zur Beachtung!

Werktäglich 4-6 Uhr nachmittags völlig unentgeltliche Vermittlung von **Hausangestellten** jeder Art. Besonders Unterhandlungsjimmer.

Städt. Arbeitsamt,
weiblicher Arbeitsnachweis.
Geschäftszeit: 8-12 1/2 und 2-7 Uhr.
Telephon 629.

Gesucht

wird eine **Haushälterin** in ein Pfarrhaus auf dem Lande. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 466.

Von Donnerstag, den 1., bis Samstag, den 10. Juli, findet mein

Inventur-Ausverkauf

statt. Während desselben sind zurückgesetzte Waren aller Abteilungen zu **ausserordentlich billigen Preisen** aufgelegt. Ausserdem bewillige ich auf alle anderen couranten Lager-Waren **10% Rabatt** oder doppelte Rabattmarken.

Günstige Einkaufsgelegenheit für

Brautausstattungen, Weisswaren, Herrenwäsche und Trikotagen.

Das Geschäft ist während dieser Tage von 1-2 Uhr geschlossen.

A. H. Rothschild

Kaiserstr. 167. Spezial-Wäsche- u. Ausstattungs-geschäft Telefon 1556.

Speise-Del.

Tafel-Del . . . 1/2 Flasche M. 1.30
Nizza-Del . . . 1/2 Flasche M. 1.80
Wein-Öffig . . . 1/2 Flasche M. —.30
Wald-Öffig . . . 1/2 Flasche M. 2.—

B. Merkle,
Kaiserstraße 160.

Habe mich hier als praktischer Arzt niedergelassen:

Dr. med. Otto Schmitt

Sofienstrasse 160 a, II. St., Ecke Nelkenstr.

Sprechstunden: Vormittags 8-10,
nachmittags 2-4.

Lehrmädchen-Gesuch.

In meinem **Manufaktur- u. Konfektionsgeschäft** ist für ein **Mädchen** aus guter Familie bei sofortiger Vergütung eine **Lehrstelle** frei.

Jacob Löwe (Adolf Löwe Sohn),

Adlerstraße 18 a.

Knaben-Hosen staunend billig.

Hosen-Woche

Nur 7 Tage! Während dieser Zeit doppelte Rabattmarken oder **10%** in bar

Telephon 2556.

Grosse Posten in der Preislage

von 9721

1.95	2.50	3.50	4.75	5.85	6.40	6.95
------	------	------	------	------	------	------

Besonders preiswerte und aparte Dessins

7.25	7.80	8.25	8.70	9.25	9.80	10.50
		11.20	12.50	13.25		

Dreyfuss

Kaiserstrasse 115. — Ecke Adlerstrasse.
Beachten Sie unsere 8 Schaufenster. — Streng feste Preise.

Arbeiter-Hosen greifbar billig.